

## V-02 Iran: Nukleardeal erhalten, Syrienpolitik entgegnetreten

Antragsteller\*in: Omid Nouripour  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes  
Status: Modifiziert

1 Die immer wieder aufflammenden Proteste im Iran haben gezeigt, dass die Menschen  
2 mit der Lage im Land unzufrieden sind: die Menschenrechtssituation hat sich  
3 entgegen der Versprechen von Präsident Rouhani nicht gebessert, ebensowenig wie  
4 die wirtschaftliche Lage weiter Teile der Bevölkerung. Intransparenz, Korruption  
5 und die Vorherrschaft der Revolutionsgarden blockieren den Wandel zu einer  
6 offenen und gerechten Wirtschaft. Die Verwicklung des Landes in zahlreiche  
7 Regionalkonflikte, allen voran in Syrien, führen nicht nur zu großem  
8 menschlichen Leid in diesen Ländern, sie verschlingt auch immense Ressourcen.

9 Der Umgang mit dem Iran bleibt angesichts dieser Umstände eine große  
10 Herausforderung. Umso wichtiger ist es, dass mit dem Nuklearabkommen das Risiko  
11 einer atomaren Bewaffnung der Islamischen Republik auf ein beherrschbares Maß  
12 reduziert wurde. Ein atomar bewaffneter Iran würde die konfliktreiche Lage in  
13 der Region weiter verschlechtern, birgt die Gefahr eines nuklearen  
14 Rüstungswettlaufs und wäre eine Bedrohung für die Sicherheit Israels. Das  
15 Nuklearabkommen war ein wichtiger Erfolg der internationalen Diplomatie und eine  
16 Stärkung des Nichtverbreitungsregimes für Massenvernichtungswaffen.

17 Wir plädieren deshalb an die Bundesregierung, sich im Rahmen der Europäischen  
18 Union für einen Erhalt des Abkommens einzusetzen. Europa muss der Regierung  
19 Trump gegenüber deutlich machen, dass ein grundloser Bruch des Abkommens ein  
20 Zeichen der Schwäche wäre und die politische Glaubwürdigkeit der  
21 transatlantischen Partnerschaft schwer beschädigen würde. Für den Fall, dass die  
22 Regierung Trump das Abkommen verlässt, muss sich die Europäische Union gemeinsam  
23 mit den anderen Signatarstaaten (China, Russland, Frankreich und Großbritannien)  
24 für einen Erhalt des Kontrollregimes einsetzen. Im Gegenzug muss sie Maßnahmen  
25 ergreifen, die die Wirkung der US-amerikanischen Sekundärsanktionen für  
26 europäische Unternehmen minimieren und wirtschaftliche Aktivitäten im erlaubten  
27 Rahmen absichern. Die Debatten rund um den Umgang mit dem iranischen  
28 Atomprogramm zeigen einmal mehr, wie wichtig es ist, auf eine einheitliche und  
29 handlungsfähige europäische Außenpolitik hinzuarbeiten.

30 Der Erhalt des Nuklearabkommens ist aber kein Selbstzweck. Er entbindet  
31 Deutschland und Europa nicht davon, der iranischen Regionalpolitik kritisch  
32 entgegenzutreten. Ganz im Gegenteil: Die Entwicklungen in Syrien, allen voran  
33 die verheerende Kampagne des Assad-Regimes in Ost-Ghouta und die starken  
34 Indizien für Giftgasangriffe des Regimes zeigen, dass Europa seine Verantwortung  
35 für Sicherheit und Menschenrechte in seiner Nachbarregion endlich deutlich  
36 wahrnehmen muss. Dazu gehören vor allem humanitäre Hilfe, um das unermessliche  
37 Leid in Syrien zu mindern, und die Dokumentation der unzähligen  
38 Kriegsverbrechen, um eine internationale Strafverfolgung sicherzustellen. Auch  
39 im Jemen trägt der Iran mit seiner Unterstützung der Houthi-Milizen zu einer

40 weiteren Eskalation des durch die brutale Kriegsführung der saudischen  
41 Militärallianz geprägten Kriegs bei. Seine fortgesetzten Drohungen gegen Israel  
42 und seine Destabilisierungspolitik durch die Unterstützung von Milizen wie der  
43 Hesbollah können wir nicht hinnehmen. Die Bundesregierung muss daher gemeinsam  
44 mit ihren Partnern, auch in den USA, an Maßnahmen arbeiten, die die  
45 Verantwortlichen für diese Politik im Iran ins Visier nehmen. Wo der Iran mit  
46 seinem Raketenprogramm gegen Beschlüsse der Vereinten Nationen verstößt, ist  
47 eine klare Antwort der internationalen Gemeinschaft gefordert, an der auch  
48 Deutschland mitwirken muss. Ebenso muss die Bundesregierung Lieferung von Dual-  
49 Use-Gütern strenger prüfen, damit deutsche Technologie keinen Beitrag zur  
50 iranischen Rüstung liefern kann. Bei der aktuellen Überarbeitung der  
51 europäischen Dual-Use Verordnung ist eine starke Menschenrechtsklausel daher  
52 unverzichtbar.

53 Die Lage der Menschenrechte im Iran ist nach wie vor schlecht. Ohne eine klare  
54 Entwicklung hin zu Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Selbstbestimmung  
55 kann es keine Normalisierung der Beziehungen mit dem Iran geben. Dies gilt auch  
56 für die wirtschaftlichen Beziehungen. Die Bundesregierung muss dies gegenüber  
57 ihren iranischen GesprächspartnerInnen deutlich machen. Sie muss all diejenigen,  
58 die sich für Freiheitsrechte im Iran einsetzen, nach allen Kräften unterstützen.  
59 Dazu gehört auch die „public diplomacy“: Holocaustleugner, Vertreter des  
60 Unrechtssystems und Verantwortliche für Menschenrechtsvergehen dürfen durch  
61 Vertreter der Bundesregierung nicht aufgewertet und legitimiert werden.

62 Diese Politik gegenüber dem Iran muss Teil einer konstruktiven Regionalpolitik  
63 sein. Der schwelende Konflikt zwischen Saudi-Arabien und dem Iran ist für einen  
64 Teil der regionalen Probleme verantwortlich. Deutschland muss in seiner  
65 Außenpolitik beide Staaten mit gleichem Maß messen. Dazu gehört es aber auch,  
66 Saudi-Arabien angesichts seiner Kriegsführung im Jemen und seiner langjährigen  
67 Unterstützung für die wahhabitische Ausprägung des Islams ebenso wenig mit  
68 Waffen zu beliefern wie den Iran. Es ist unverzichtbar, den Gesprächsfaden mit  
69 beiden Seiten aufrechtzuerhalten und zu stärken. Die Kooperation mit der  
70 privaten Wirtschaft, der wissenschaftliche Austausch und der  
71 zivilgesellschaftliche Dialog sind unverzichtbare Grundlagen für einen  
72 langfristigen Wandel. Deutschland kann eine Vermittlerrolle spielen und muss  
73 diese Verantwortung gemeinsam mit seinen Partnern annehmen. Die Sicherheit  
74 Israels und eine Zwei-Staaten-Regelung des Konflikts mit den Palästinensern  
75 gehören dabei zu den unverrückbaren Grundsätzen.

76 Wir fordern:

- 77 1. Den Erhalt des Atomdeals mit dem Iran und einen konstruktiven Dialog mit  
78 den Partnern in den USA und Europa über ihre Sorgen angesichts des  
79 iranischen Raketenprogramms.
- 80 2. Im Falle eines Ausstiegs der USA aus dem Deal eine gemeinsame Initiative  
81 der anderen Signatarstaaten zur Erhaltung des Kontrollregimes im Iran.
- 82 3. Ein deutliches Signal der Europäischen Union und gezielte Sanktionen gegen  
83 iranische Militärberater und Elitesoldaten der Quds-Brigaden, die die  
84 Verbrechen des Assad-Regimes in Syrien unterstützen.
- 85 4. Eine europäische Initiative zur Behebung der Krisen in der Region, die  
86 sowohl die verheerende iranische Regionalpolitik adressiert wie die

- 87 aggressive Politik Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate  
88 im Jemen und sich als Vermittlerin anbietet, auch im Konflikt zwischen  
89 Qatar und den anderen Golfstaaten.
- 90 5. Einen deutlichen Einsatz für Menschenrechte im Iran und ein klares  
91 Ansprechen von Verstößen statt Rabatten mit der vorgeschobenen Begründung  
92 des Atomdeals oder möglicher wirtschaftlicher Interessen.
- 93 6. Ein weiterhin klares Bekenntnis zur Sicherheit Israels gegenüber den  
94 Drohungen und Destabilisierungsbemühungen des Iran.

## **Begründung**

Begründung der Dringlichkeit:

Durch den Giftgaseinsatz in Douma in der vergangenen Woche spitzt sich die Konfrontation der direkt oder indirekt am Syrienkrieg beteiligten Staaten weiter zu. Das birgt die akute Gefahr, dass auch die Spannungen zwischen den USA und Iran steigen, was die Trump-Administration zu einem schnelleren Bruch des – eigentlich inhaltlich unabhängigen – Atomabkommens verleiten könnte. Deswegen ist es dringend geboten, dass wir eine klare Position sowohl zur iranischen Syrienpolitik als auch zum Atomabkommen verabschieden.

## **weitere Antragsteller\*innen**

Sara Nanni (Münster KV); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Mona Neubaur (Düsseldorf KV); Ska Keller (Spree-Neiße KV)